Holger Meins von der Klassenjustiz ermordet !

GESTERN WURDE DER PRÄSIDENT DES KAMMERGERICHTS IN WESTBERLIN ERSCHOSSEN! WIR VERURTEILEN AUFS SCHÄRFSTE DIESES VORGEHEN EGAL WER DER TÄTER WAR! DIES IST KEIN MITTEL IM KAMPF GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG DER VOLKSMASSEN! NUR DIE REVOLUTIONÄRE GEWALT DER VOLKSMASSEN KANN DEN BÜRGERLICHEN STAATSAPPARAT ERFOLGREICH BEKÄMPFEN!

Am Samstag, 9.11. starb Holger Meins im Gefängnis in Wittlich Eifel. Er war einer der 40 politischen Gefangenen die in den Gefängnissen in der BRD und Westberlin seit über 7 Wochen einen Hungerstreik durchführen. Seit 2 Jahren wurde H. Meins in Isolierhaft gehalten, wie auch die anderen politischen Gefangenen war er völlig von den anderen Gefangenen getrennt und von der Außenwelt abgeschnitten. Gegen diese Maßnahmen der Klassenjustiz sind die Genossen der RAF in den Hungerstreik getreten, denn diese Isolation bedeutet, daß sich unweigerlich schwere psychische und physische Schäden einstellen.

Gegen diesen Hungerstreik geht die bürgerliche Klassenjustiz mit den brutalsten Mitteln vor. Der Genosse Holger Meins wurde seit dem 30.9. zwangsernährt, an Händen und Füßen angeschnallt, ihm wurde der Mund aufgerissen und ein Schlauch in den Hals geschoben. Obwohl seine Anwälte schon am 24.10. Strafanzeige erstattet haben, wurde die Zwangsernährung fortgesetzt. Am Samstag morgen lag H.Meins im Sterben. Sein anwesender Anwalt forderte die unverzügliche Verlegung in ein Krankenhaus. Bundesanwaltschaft und Gefängnisleitung unternahmen nichts.
EIN SOLCHES VORGEHEN IST MORD!!!!!

Alle Maßnahmen, die die SPD-Regierung gegen die politischen Gefangenen einsetzt [illegible] wohl bei den Schauprozessen wi [illegible] Horst Mahler, wie a [illegible] derbehandlung gegen p [illegible] gene , richten sich ge [illegible] eiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen, denn mit diesen Maßnahmen erprobt die SPD-Regierung ihr Vorgehen gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und insbesondere gegen die Kommunisten, die an der Spitze dieser Kämpfe zur Niederschlagung dieses Ausbeuter- und Unterdrückersystems stehen und für den Sozialismus kämpfen.

Die Behandlung der politischen Gefangenen hat unter allen fortschrittlichen Menschen große Empörung hervorgerufen. So haben sich 128 Gerichtsreferendare öffentlich in einer Anzeige im Tagesspiegel gegen diese Maßnahmen gewandt. Fortschrittliche Menschen haben in Westberlin für die Unterstützung des Hungerstreiks eine Kirche besetzt. Außerdem führte die KPD und die Rote Hilfe mehrere Demonstrationen durch.
Ging auch die ÖTV-Gewerkschaftsführung, die fest auf der Seite des SPD-Senats steht, sofort mit Ausschlußverfahren gegen die Gerichtsreferendare vor so hat die Empörung der Bevölkerung doch bewirkt, daß die Lügen von Justizsenator Korber, es gäbe keineSonderbehandlung von politischen Gefangenen, sogar von der bürgerlichen Presse aufgedeckt wurden, die in Details über Isolierzellen berichteten.
Unsere Aufgabe, die Aufgabe jedes fortschrittlichen Menschen ist es, den Kampf gegen die Sonderbehandlung verstärkt weiterzuführen, damit weitere Morde verhindert werden.

**BESTRAFUNG DER MÖRDER VON HOLGER MEINS!
KEINE SONDERBEHANDLUNG VON POLITISCHEN GEFANGENEN / SCHLIESSUNG ALLER ISOLIERZELLEN IN MOABIT UND TEGEL
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN
KAMPF DEM STAATLICHEN TERROR DER SPD-REGIERUNG!!!**

Demonstration: Heute, 17.oo Uhr

ab U-Bhf Turmstr.

Kommt zur Kundgebung:

Gegen die Abschaffung des Volksentscheids und Novellierung des Hochschulgesetzes!

So wie die Klassenjustiz rüstet sich der Staat in allen Bereichen auf die kommenden verschärften Klassenauseinandersetzungen.
Gegen den Widerstand der Kampfkomitees und Bürgerinitiativen, insbesonders der Initiative "Volksentscheid für Polikliniken" wollen die bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus SPD, CDU und FDP das Recht auf Volksentscheid am 14.11. in 2. und 3. Lesung aus der Verfassung streichen. Dieses demokratische Recht wird beseitigt, weil die Werktätigen die Kämpfe für ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen.
An demselben Tag will das Abgeordnetenhaus auch die Novellierung des Hochschulgesetzes durchpeitschen. Damit soll dem Staat die umfassende Kontrolle über die Universitäten gegeben werden. So wird die Universität ausgerichtet auf die Heranziehung gefügiger Intellektueller, z.B. Lehrer und Ärzte, die willig die Aufträge der Herren Kapitalisten ausführen. Die fortschrittliche und kommunistische Studentenbewegung soll unterdrückt werden.
So greift die Bourgeoisie mit der Novellierung auch die Arbeiterklasse und die Werktätigen an, gerade weil sich immer mehr Studenten und Intellektuelle im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf die Seite des Volkes stellen, wie z.B. die Ärzte, die mit den Werktätigen gegen die schlechte medizinische Versorgung kämpfen, oder wie der Physiker Lehmann, der mit den Arbeitern von Siemens gegen die radioktive Verseuchung gekämpft hat.

Wie ernst es der SPD-Senat meint, sieht man an der geplanten Verordnung, daß alle Angestellten im öffentlichen Dienst bis hin zum Laboranten sich auf die FDGO (Freiheitlich-demokratische Grundordnung) und damit auf die Ausbeuterordnung stellen müssen. Der Arbeitgeber ist dann verpflichtet über jeden Bewerber mittels Verfassungsschutz u.a. Auskunft zu geben.
DAS IST DIE WIRKLICHKEIT.
Nicht die Versprechungen, die dieselbe SPD, die in Westberlin für die Staatsgeschäfte verantwortlich zeichnet, heute am Sonntag unter die Massen streuen will.

Die KPD, die Liga gegen den Imperialismus, die Rote Hilfe und viele Kampfkomitees werden das nicht zulassen. Besonders auf der Veranstaltung in der Hasenheide, wo Polizeisenator Neubauer und Schütz, neben Korber die Hauptverantwortlichen für den staatlichen Terror, wie sie glauben, abgeschirmt von den Problemen und Kämpfen des Volkes, auftreten, werden wir diesen trügerischen Frieden zerstören. Kollegen, wir rufen euch auf, mit uns dort wie überall die menschenverachtende Politik von SPD-Senat und den anderen bürgerlichen Parteien anzuprangern. Kommt mit uns, diesen Schmierenkomödianten ihr Theaterstück zu durchkreuzen.

Genauso werden wir am Donnerstag zur Abgeordnetenhaussitzung verhindern, daß die "Volks"-vertretung ihre Maßnahmen gegen das Volk einfach lautlos über die Bühne ziehen kann.

Rathaus Schöneberg Do, 14.11. 17.00 Uhr

Kommunistische Partei Deutschlands, Kommunistischer [illegible],
Kommunistischer [illegible], [illegible],
Rote Hilfe e.V.

Verantw. Christian Heinrich, Berlin [illegible]